

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

sp. Wieder lastet die Arbeitslosigkeit mit schwerem Druck auf dem Proletariat und verbreitet Not und Elend überall. Wer sich mit fleißiger Energie ein bisschen Wohlfahrt erarbeitet hatte, sieht auf einmal mit Schrecken, wie seine ganze Existenz auf einer schmalen Kante ruht; eine einzige längere andauernde Arbeitslosigkeit stürzt ihn ins Elend. Machtlos steht er diesem Elend gegenüber; er will arbeiten, er hat die Kraft dazu, aber es ist keine Arbeit vorhanden. Gegen die Krise ist er wehrlos. Die Krise bringt dem Arbeiter Mangel und Not, Verzweiflung und Krankheit; sie bricht seine Kraft und zerstört seinen Stolz. Und wieviel geht in einer solchen Katastropherettungslos zu Grunde und sinken kraftlos und halslos ins Lumpenproletariat hinab!

Wer ist schuld daran? Keinen Menschen kann hier eine Schuld treffen. Der Fabrikant, der den arbeitsuchenden Arbeiter abweist, kann auch nichts dafür: es ist eben keine Arbeit da. Die Bestellungen bleiben aus, er kann seine Waren nicht absezten, und daher kann er auch keine oder nur wenige Arbeiter mehr beschäftigen. Die Krise trifft auch die Unternehmer, von denen die großen es zwar durch ihren Kapitalbesitz aushalten können, aber viele kleine machen Bankrott oder müssen ihren Betrieb aufgeben. Die Krise ist eine allgemeine gesellschaftliche Katastrophe, gegen die jeder einzelne machtlos ist. Wie eine Naturgewalt geht sie durch die Welt, zwingt die Räder zum Stillstehen, hemmt den fleißigen Arbeitsprozeß und treibt die eben noch fleißigen Hände müßig auf die Straße. Jeder muß sich ihr beugen und fühlt, wie er nicht seines Glückes Schmied ist, wie ein veraltetes Sprichwort sagt, sondern abhängig von einer höheren Gewalt, die über sein Los gebietet.

In alter Zeit erbachten sich die unwilligen Menschen Götter, übermächtige, geheimnisvolle Wesen, die des Menschen Schicksal regierten und deren Zorn oder Ungnade sich in den Katastrophen äußerte, die die Menschen heimsuchten. Heute werden es nur ganz wenige sein, die bei der Krise an die strafende Hand einer erzürnten Gottheit denken. Jeder weiß, daß die Krisen nicht vom Himmel kommen, sondern von der Erde. Die meisten Arbeiter wissen, daß die Krisen aus dem Gesamtleben des Wirtschaftslebens entstehen und daß sie mit Naturnotwendigkeit durch den inneren Mechanismus des Kapitalismus immer aufs neue wiederkehren müssen. Die Wissenschaft der Nationalökonomie hat ihre Entstehung aus den Gelehrten des Kapitalismus völlig klargemacht; für denjenigen, dessen Geist das Ganze unseres Wirtschaftslebens überblickt, haben sie nichts Uebernatürliches oder Geheimnisvolles mehr.

Die Krisen sind Menschenwerk, und doch scheinen sie etwas Uebermenschliches zu sein. Sie sind das unbewußte und ungesehene Gesamtreultat menschlicher Triebe und menschlichen Handelns. Jeder wird durch die Notwendigkeit zum Leben getrieben, jeder Kapitalist durch die Notwendigkeit, Profit zu machen und sein Kapital zu vermehren; jeder arbeitet, hastet, rechnet, handelt, gründet, spekuliert; keiner kann sich dem entziehen, jeder muß im Wirtschaftsleben so handeln, wie seine Stellung es mit sich bringt, schon aus Selbsthaltung — und als Gesamtreultat ergibt sich daraus der Wechsel von Prosperität und Krise mit seiner periodisch auftretenden schlimmen Arbeitslosigkeit. Das gesellschaftliche Wirken der Menschen ist ihrer eigenen Macht, der Einwirkung ihres eigenen Willens entzogen, und tritt ihnen als eine fremde, bald fruchtbringende, bald auch verderbliche höhere Gewalt gegenüber.

Steht der Mensch dann diesem Walten völlig machtlos gegenüber? Der Einzelmann ja; aber nicht die Menschheit. Keine überirdische Macht kann den Unglücklichen helfen, die unter der Krise leiden; da aber die Urfache Menschenwert ist, muß auch die Abhilfe in der Gewalt der Menschen liegen.

Am nächsten liegt es, diese Abhilfe innerhalb der bestehenden Ordnung zu erstreben. Wo so viele Arbeiter ohne eignes Verhülden bittere Not leiden durch Ursachen, die im Wege der Gesellschaft begründet liegen, da haben sie ein Recht darauf, daß die Allgemeinheit ihnen hilft. Während der Prosperität sind sie massenhaft in die Städte und Industriekräfte herangezogen worden; sie haben dort Milliarden über Milliarden an neuem Mehrwert für das Kapital geschaffen, aber nie so viel verdient, daß sie sich selbst damit während der Krise unterhalten könnten. Ist es da nicht eine selbstverständliche Forderung, daß die Nutznießer der guten Konjunktur ihnen in der Zeit der Arbeitslosigkeit hindurchhelfen, daß die Arbeiter in der Prosperität genug verdienen, um die regelmäßige zurückkehrende Krisenzeit auch durchhalten zu können? Weil das nun nicht geschieht, wäre die Forderung berechtigt, daß aus dem riesigen Kapitalgewinn die Kosten einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden. Durch das Eingreifen der Gemeinschaft wäre damit zwar nicht die Krise und die Arbeitslosigkeit selbst beseitigt — das ist im Kapitalismus nicht möglich — aber doch ihre verhängnisvolle Wirkung, die das Proletariat herunterdrückt und verelendet.

Das wäre alles denkbar, so wie es denkbar ist, daß die herrschende Klasse auch sonst bestrebt wäre, die unvermeidlichen Uebel des herrschenden Produktionsweise für die darunter Leidenden möglichst zu lindern. Über die Praxis hat schon gezeigt, daß dieses Denkbare eine Utopie ist. Was uns abstrakt möglich erschien, kann in Wirklichkeit nicht zutreffen. Auch das Denken und Wollen der Menschen ist bestimmten Gesetzen unterworfen. Jede Produktionsweise erzeugt auch die Menschen, die zu ihr gehören, mit den Eigenschaften, die zu dieser Ordnung passen. Eine Produktionsweise, die völlig auf dem Profit beruht, kann nur profitssichtige Menschen erzeugen, weil sie solche Triebe großzieht, als hier in dem Lebenskampf Erfolg bringen. Von einer wirtschaftlichen "Gemeinschaft" kann noch keine Rede sein, wo jeder nur für sich selbst kämpft. Nicht nur das Auftreten der Krisen ist ein Naturgesetz des kapitalistischen Gesellschafts, sondern auch, daß von den Menschen nichts anderes zu erwarten ist, als was

ihrer Klassenlage, ihrem Klasseninteresse und ihren Klassenanschauungen entspricht. Daher ist es fruchtlos, darauf zu rechnen, daß irgendeine nennenswerte Teil der in den vorigen Jahren verdienten Milliardenprosperität je zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt wird. Man wird schon froh sein müssen, wenn da und dort ein kleiner Zuschuß zu den von den Arbeitern selbst zusammengeschafften Sicherungssummen geleistet wird.

Ist es aber dann nicht wahr, daß der einzelne auf die Allgemeinheit rechnen kann? Gewiß; aber er sucht sie an verkehrter Stelle, wenn er dabei an den heutigen Klassenstaat denkt. Die Allgemeinheit, die ihm allein helfen kann, ist die Gemeinschaft des Proletariats, die Organisation des arbeitenden Volkes. Sie ist die werdende Menschheit, die als organisierte Gesamtheit die Gesetze des gesellschaftlichen Lebens erkennt und sie zur bewußten Umgestaltung der Produktionsweise anwendet. Was den machtlosen einzelnen als übermenschliche Macht bedrückt, kann besiegt werden, sobald die Macht der Erkenntnis den Willen der Masse bestimmt und setzt. Das sozialistische Proletariat hat in dem Kapitalismus die Ursache aller seiner Qualen erkannt, und zugleich eingesehen, daß es selbst die Macht bilden wird, die diesen Kapitalismus besiegt. Die Wirkungen des Kapitalismus selbst, namentlich auch die Not der Krisen, werden die Arbeiter immer mehr und fester zusammenhauen und auflären, und diese organisierte Macht wird den Sozialismus bringen. Die Aufhebung der Wirkungen der Arbeitslosigkeit unter dem Kapitalismus ist eine Utopie; denn der Wille dazu fehlt den Menschen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit selbst ist keine Utopie, denn die Macht zur Aufhebung des ganzen Kapitalismus bildet sich schon heraus.

Daher muß allen Arbeitern, die unter dem Druck der Arbeitslosigkeit leiden, zugesehen werden: Kein Mensch und seine Himmelsmacht kann euch helfen; aber ihr könnt euch selbst helfen! Allein seit ihr machtlos gegen die gesellschaftliche Macht, die euch niederringt; aber vereint, organisiert könnt ihr sie besiegen! Der Sozialismus ist das Heilmittel, aber auch das einzige Heilmittel, das es gegen euer Elend gibt! Der Zusammenschluß aller Arbeiter zu mächtigen Organisationen und der politische Kampf gegen die bestehende Klasse bilden die Mittel, den Kapitalismus zu stürzen. Je rascher sich alle Arbeiter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft anschließen, je selbstloser sie für die Gewerkschaft alles einsetzen, um so rascher wird das Ziel erkämpft und alle Not besiegt sein.

Ein Minimallohngebot für Frauen.

Zur Eröffnung des letzten englischen Gewerkschaftscongreses hielten zwei Bischöfe Predigten, in denen sie sich auch mit dem Gewerkschaftscongress und seinen Forderungen beschäftigten. Der eine dieser Bischöfe sprach auch über den Minimallohn und meinte, der Minimallohn sei die größte Tat der Nächstenliebe, die heute begangen werden kann. Das mag vielen Menschen eine Überraschung, manchen unserer Christen aber eine Verhöhnung des Christentums erscheinen. Es zeigt aber allen, daß in anderen Ländern die Frage des Minimallohnes nicht und nicht eine Frage der gesamten Gesellschaft wird, weil die Tatsache, daß die ganze Gesellschaft daran interessiert ist, ob alle Menschen zu essen haben, nicht mehr übersehen werden kann. Der Minimallohn will aber nichts anderes und erfüllt keinen anderen Zweck, als allen Menschen ein bestimmtes Einkommen zu garantieren, unter das nicht heruntergegangen werden darf. Das Existenzminimum des einzelnen muß gewahrt werden.

Das geschieht heute bei einer ganzen Reihe von Beamtenberufen, von Staatsangehörigen und Militärpersonen, denen sogar eine steigende Einnahme ihres Einkommens gestellt wird, damit die steigenden Ansprüche der heranwachsenden Kinder befriedigt werden können. Die festgesetzten Gehälter der Beamtenchaft sind nichts anderes als Minimallohn, die jeden einzelnen vor dem schwankenden Einkommen sichern. Bei diesen Berufen finden diese Forderungen kaum noch Widerstand, während die Auseinandersetzung der Minimallohn der Arbeiter noch in den meisten Ländern auf einen weitestgehenden Widerstand stoßen. Man hält die Forderung des Arbeiters für mahlos, weil man ihn als jenes Ausbeutungsobjekt erhalten möchte, das jeder Konjunkturschwankung schutzlos gegenübersteht und die schlechte Konjunktur für alle blicken muß.

Mehr aber noch als die Männer haben die Frauen ein Interesse daran, daß die Gedanke des Minimallohnes sich durchsetzt, weil die Frauen ja nicht nur von den gesellschaftlichen Konjunkturschwankungen, sondern auch von der Verschiedenheit ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit abhängen. Die Frau, die durch ihre Mutterfahrt und die Pflege der Kinder oft einen Teil der körperlichen Kraft verliert, kann an manchen Tagen nicht mit derselben Intensität arbeiten, wie sie es vielleicht könnte, wenn sie daheim Ruhe und Schonung finden würde. Deshalb schwanken die Löhne der Frauen meist stärker als die der Männer und der Dienst ist unregelmäßiger als der männliche. Dazu kommt, daß ja die Frauen vor allem in der Heimarbeit beschäftigt werden, wo eine wirkungsvolle Regelung der Lohnfrage allein durch den Minimallohn möglich wird. Es ist deshalb für alle arbeitenden Frauen von großer Bedeutung, daß nun auch in Frankreich ein Schutzgebot für die Heimarbeiterinnen durchgeführt werden soll, das den Minimallohn — im Gegensatz zum deutschen Gesetz, das ihn nicht vorgesehen hat — einführen will.

Das französische Gesetz geht erheblich weiter als das deutsche vom 20. Dezember 1911. Dagegen nicht so weit wie das englische vom 2. Oktober 1909, das die Arbeitertante auch für die Werkstättenarbeit zur Festsetzung des Minimallohns bereit. Das soll für die Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie gelten, kann aber auch in der Folge, wie ein Paragraph bestimmt, auf andre Heimindustrien ausgedehnt werden. Es steht nicht den Lohnbetrag gesetzlich fest, was ja auch bei den in Zeit und Raum stark wechselnden Existenzminimum kaum angeht. Es will den Minimallohn nicht mit Rücksicht auf das Existenzminimum bemessen lassen, sondern auf der Grundlage des Lohns der Werkstättenarbeiterinnen. Es nimmt weiter nicht Rücksicht auf die gerade bei den Heimarbeiterinnen so schrecklichen Perioden der Arbeitslosigkeit. Immerhin, so schwere Mängel es aufweist, bedeutet es prinzipiell und tatsächlich für die in Vertrag kommenden Arbeitertante und für die Sozialreform einen wichtigen Fortschritt. Darum haben auch die Sozialisten für die Vorlage gestimmt und die von Genossen Buisson eingebrachte und in einer ausgeweiteten Runde vertretene Gegenvorlage, die sich auf die Heimarbeit übertragen bezieht und insbesondere auch die Inspektion der Werkstätten verfaßt, zurückgeworfen. Von grösster Bedeutung ist das vom Gesetz festgestellte Recht der Gewerkschaften, gegen das Übertritten gesetzlich vorzugehen, auch wenn die geschädigte Arbeiterin es nicht selbst tut. Die Gewerkschaften sind damit als die Sachwalter der Arbeiterschaft und als ihre Schülerin gegen gleiche gesetzlich anerkannt. Das Gesetz gibt dieses Recht der Gewerkschaften allerdings auch andern, dazu eigens legitimierten Ver-

bänden, als welche verschiedene philanthropische Vereine in Betracht kommen. Bei dem heutigen Zustand der gewerkschaftlichen Organisation in den in Frage kommenden Gewerben und bei der Angst der Heimarbeiterinnen, besonders der Provinz, den Unternehmern der gewerkschaftlichen Betätigung verdächtig zu werden, ist dagegen kaum etwas einzuwenden. Die Hauptfahrt ist, daß die Gewerkschaften sich fähig zeigen, die Rolle, die ihnen das Gesetz überträgt, auszufüllen und den vor der Übermacht der Industrie zitternden Arbeitern Selbstdistanz und Vertrauen zur Organisation einzubringen.

Den unmittelbaren Anstoß zur Vorlage des Gesetzes gab die große Enquête über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiterinnen der Wäsche- und der Blumenindustrie, deren Resultat das Arbeitsamt in den Jahren 1910 und 1911 veröffentlichte. Der grauenhaften Wirklichkeit, die sich offenbart, stehen auch die Vorurteile und heuchlerischen Phrasen des in Frankreich noch immer am häufigsten dozierenden Manchesterliberalismus nicht stand.

Die Vorstöße, die bisher von den Vertretern der Arbeiter im deutschen Reichstag gemacht wurden, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Auch für die deutschen Arbeiterinnen hat das Minimallohnsgesetz als ein erstrebendes Ziel zu gelten.

Aus der Partei.

Einen Neinfall erlebte der Breslauer Magistrat mit einem Strafantrag wegen Beleidigung usw. gegen die Volkswacht, weil diese einem scharfmärschischen städtischen Haseninspektor etwas auf die Finger kloppte und einen Vorgang aus einer Kommission veröffentlichte, in der jener Herr sich sehr abfällig über einen arbeitsfreudlichen Beschluss seiner vorgelegten Kommission äußerte. In eingehender Beweisaufnahme wurde der Wahlschleißbeweis in wesentlichen erbracht. Es muhte darum der Verantwortliche der Volkswacht, Genosse Dörfer, freigesprochen und die Kosten der Staatsklasse auferlegt werden. Der Strafantrag war von dem liberalen Oberbürgermeister Morling unterzeichnet, der in dem ganz sachlich gehaltenen Artikel eine "Verhöhnung" erblieb. Vielleicht glaubte der Herr mit dieser Wendung bei dem Vorsitzenden der Breslauer Presse-Kammer, Herrn Mundt, besonders Eindruck zu machen. Aber unterdessen hat sich auch Herr Mundt an der Volkswacht die Zahne ausgebißt; seine vorgelegte Behörde hat ein, daß seine drakonischen Urteile und nur Beweismaterial für die heutige Klassenjustiz lieferten, und man versetzte ihn an eine Hilfammer. Die Breslauer Pressekammer ist jetzt mit einem Posener Richter als Vorsitzenden besetzt. Jedenfalls ein Erfolg der fortgesetzten Kritik durch die gesamte deutsche Partei-Presse. Ob damit die sprichwörtlich gewordene "Breslauer Justiz" andre Bahnen wandeln wird? Abwarten!

Preisprozeß. Unser Eibersfelder Parteidienst, die Freie Presse, hatte klar über Fabrikmissstände in dem bekannten Gewerbeort Henanien in Schwelm berichtet, daß dort sich die Arbeiter eine haarschäubende Behandlung gefallen lassen müssen und daß sogar geprägt wurde. Vor dem Schöffengericht in Schwelm konnte durch Zeugen alles bewiesen werden und muhte deshalb Freispruch erfolgen. — An der Berufungsinstanz vor dem Landgericht in Hagen i. W. wurde nun der Verantwortliche der Freien Presse, Genosse Viebahn, zu 50 Mt. Geldstrafe verurteilt, weil die in Frage kommenden Arbeiterprägungen sich nicht unter dem sogenannten Direktor Horst, sondern unter dessen Vorgänger abgespielt hätten. An dem Sachverhalt selber wird durch diese Feststellung nichts geändert.

Kommunalwahlen. Einigen schönen Erfolg errangen unsre Genossen in Bunszlau. Bei der Hauptwahl am 12. November wurden drei sozialdemokratische Kandidaten ins Stadtparlament gewählt, der vierte kam in die Stichwahl, bei der er am Dienstag siegte. Das Bunszlauer Stadtparlament zählt nunmehr neun Sozialdemokraten.

Die Gemeinderatswahlen in Württemberg. Am 1. Dezember begonnen. Wahlberechtigt sind die Gemeindebürgers; das Bürgerrecht wird aber von Austragern erst erworben nach mehr als dreijähriger Ortsansässigkeit. Bis jetzt liegen an bestimmenden Ergebnissen folgende vor: In Heilbronn sieben und von sechs zu wählenden Mandaten wieder zwei zu, womit die Zahl unserer Vertreter unverändert bleibt. In Ludwigsburg gewannen wir ein neues Mandat, wir haben dort nunmehr drei Sitze im Gemeinderat und zwei im Bürgerausschuß. In Schorndorf wurden die drei ausgeschiedenen Genossen wiedergewählt. Hier besteht nach wie vor die Hälfte des Gemeinderats und des Bürgerausschusses aus Sozialdemokraten.

Der empfindliche Militärkönig. Vor der Darmstädter Strafkammer hatte sich am Mittwoch der Verantwortliche unseres Offiziers-Komitees, Genosse Kaul, wegen Verjährlichmachung von Staatsanrichtungen zu verantworten. Das Delikt soll in einem Rekrutentriebenthalten sein. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 300 Mt. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß Gericht habe angenommen, daß in der Behauptung: Wenn man den Soldaten sage, sie würden zum Kampf für das Vaterland erzogen, dies nur ein Vorwand sei — und in der weiteren Behauptung, daß sie zu Hofsunden des Kapitals erzogen würden — erdachte und entstellte Tatsachen liegen. Von einer Freiheitsstrafe wurde Abstand genommen, weil das Gericht der Meinung war, es sei bei der Abmessung des Strafmaßes zu berücksichtigen, daß der Angeklagte den Artikel unter dem Einfluß einer bestimmten Weltanschauung geschrieben habe, die das Gericht nicht als richtig anerkennen, die aber zu haben dem Angeklagten das Recht nicht bestreiten werden könne.

Der empfindliche Militärkönig. Vor der Darmstädter Strafkammer hatte sich am Mittwoch der Verantwortliche unseres Offiziers-Komitees, Genosse Kaul, wegen Verjährlichmachung von Staatsanrichtungen zu verantworten. Das Delikt soll in einem Rekrutentriebenthalten sein. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 300 Mt. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß Gericht habe angenommen, daß in der Behauptung: Wenn man den Soldaten sage, sie würden zum Kampf für das Vaterland erzogen, dies nur ein Vorwand sei — und in der weiteren Behauptung, daß sie zu Hofsunden des Kapitals erzogen würden — erdachte und entstellte Tatsachen liegen. Von einer Freiheitsstrafe wurde Abstand genommen, weil das Gericht der Meinung war, es sei bei der Abmessung des Strafmaßes zu berücksichtigen, daß der Angeklagte den Artikel unter dem Einfluß einer bestimmten Weltanschauung geschrieben habe, die das Gericht nicht als richtig anerkennen, die aber zu haben dem Angeklagten das Recht nicht bestreiten werden könne.

Sächsischer Landtag.

14. Sitzung. Freitag, 5. Dezember, vormittags ½ 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen lediglich einige Etatspläne. Gemäß dem Antrage der Finanzdeputation A wird Kapitel 07, soziale Künste und wohltätige Anstalten (120 885 Mt. Ausgaben) genehmigt. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten. Ebenso wird Kap. 08, Sonstige Auslastzwecke, ebenfalls genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. Vogel teilt noch mit, daß nach anderweitiger Besprechung im Direktorium der sozialdemokratische Antrag über die Arbeitslosenfürsorge bereits am nächsten Donnerstag zur Beratung kommen soll, während die Anträge auf Neuregelung des Beamtenrechts erst in der übernächsten Woche auf die Tagesordnung gestellt werden sollen. Der Mittwoch der kommenden Woche bleibt freigeblieben.

Nächste Sitzung: Montag, nachmittags 4 Uhr.

Qualitäts Raucher verlangen
Afram Cigaretten

Blutarme u. Kranke

trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen

Santa Lucia = Rotwein

Flasche 1.50 Nachahmung bitte zurückzuweisen.
Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatesse-Geschäften.